



# €UROLAND

Der Patient

Cornelia von Soisses & Franz von Soisses



**Verlosungen, Leseproben, News und mehr?**

**Jetzt Social Media Kanäle abonnieren!**

--- LESEPROBE ---

# **Euroland**

Der Patient

Cornelia & Franz von Soisses

*Soisses!*

## Über das Buch

Der vierte Band der Euroland-Reihe zeigt das Ergebnis des Jahres 2013 mit der passenden Titelwahl „**Der Patient**“. Stand der Dinge sind der politische Wille und das Aufbegehren der neoklassischen Ökonomie.

Während sich der Vorgänger „**Euroland - ein Märchenland ist abgebrannt**“ noch der Hektik politischer und ökonomischer Begriffssetzungen des Jahres 2012 widmete, begleitet der vierte Band die verzweifeltsten Versuche der Experten, Deutungshoheit zu erlangen, während die Politik versucht ist, das Thema aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verdrängen.

Mario Draghi (Präsident der EZB) stellt fest: *„Wir haben kein verlorenes Jahrzehnt, wir korrigieren jetzt die Fehler des Euro der ersten 10 Jahre.“* Eine Lösung der Ökonomie ist nicht in Sicht und wird es zu den Bedingungen des sozialen Friedens auch nicht geben können. Der Euro spaltet Europa und Euroland.

Soisses Verlag © 2013

Autor: Franz von Soisses

Lektorat: Cornelia von Soisses

[www.soisses.com](http://www.soisses.com)

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Alle Rechte, auch die der Übersetzung, des Nachdruckes und der Vervielfältigung des Werkes, oder Teilen daraus, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren), auch nicht für Zwecke der Unterrichtsgestaltung, reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

# Intro

Der vierte Teil der Euroland-Reihe zeigt das Ergebnis des Jahres 2013 mit der passenden Titelwahl „Der Patient“. Stand der Dinge sind der politische Wille und das Aufbegehren der neoklassischen Ökonomie.

Während sich [„Euroland - ein Märchenland ist abgebrannt“](#) noch der Hektik politischer und ökonomischer Begriffssetzungen des Jahres 2012 widmete, begleitet der vierte Band die verzweifelten Versuche der Experten, Deutungshoheit zu erlangen, während die Politik versucht ist, das Thema aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verdrängen.

Das in **„Euroland – Dämmerung im Märchenland“** beschriebene Patt zeigt Wirkung, vorerst. Europa ist mehr Fiktion als Vision.

# Hiobsbotschaften

Italien macht den Anfang der neuen Nachrichten in der Eurokrise. Die Staatsverschuldung ist von 120% auf 135% Ende 2013 angestiegen. Mitten in dieser Situation leistet sich das Land eine Regierungskrise, es erweist sich als unregierbar. Der Weckruf an Euroland ist, Italien ist zu groß, um mit den Mitteln des ESM gerettet werden zu können. Die nunmehr größte Gefahr für den Euro geht nicht mehr von Griechenland oder Portugal aus, sondern von Italien. Griechenland wird ein weiteres Hilfspaket benötigen, wie ebenso Portugal weitere Milliarden beanspruchen wird.

Auf Zypern brodelt es bereits wieder, Slowenien wird im Herbst einen Hilfeantrag stellen müssen. Ungute Nachrichten kommen aus Spanien, die Staatsverschuldung erreicht 1 Billion Euro oder 99%, die Niederlande werden die Defizitgrenze von 3% Neuverschuldung übersteigen, Frankreich ebenfalls. Die im Sommerloch verschwundene Krise meldet sich mit Verve zurück und beginnt sich allmählich vom Süden in den Norden Eurolands durchzufressen. All die schönen Rettungsmaßnahmen und Rettungsmilliarden sind fruchtlos geblieben. Die Krise wird zur Dauerkrise, im 5. Jahr ist keine Lösung in Sicht. Die Euroländer sind zur Rettung gezwungen, koste es, was wolle.

Das funktionierte bislang mit kleinen Ländern, mit Größen wie Italien, Spanien oder Frankreich wird das bisherige Krisenmanagement nicht funktionieren, so viel Geld ist dann doch nicht verfügbar. Die effizienteste Geldquelle - eine Finanztransaktionssteuer - gibt es noch nicht und wird nur von elf der 17 Euroländer im geringen Umfang eingeführt. Das Kapital bleibt flüchtig, es wird in Länder ausweichen, in dem keine derartige Steuer bestehen wird. Die Politiker der Euroländer erweisen sich als hilf- und sprachlos. Die

verordnete Sparpolitik, ursprünglich als Teil der Lösung angesehen, reißt ein Land nach dem anderen in eine Wirtschaftsrezession, zeitgleich wachsen reihum die Staatsschulden.

Deutschland ist Ende des Jahres 2013 ohne die Haftungen für die Rettungsmaßnahmen mit 2,2 Billionen Euro verschuldet. Gleichwohl ist das Ergebnis der Sparpolitik das bislang erreichte Patt. Das wird nicht haltbar sein, wenn Italien, Spanien oder Frankreich die nächsten Opfer der Krise werden. Eine derartige Eskalation wird drastische Maßnahmen zeitigen. So viel Auswahl besteht wahrlich nicht. Angefangen mit einem Zerfall des Euro und Rückkehr zu nationalen Währungen, ein allgemeiner Schuldenschnitt, denkbar wäre eine Zwangsanleihe bei den Kapitalbesitzern.

In nahezu allen Euroländern ist der Bestand privater Vermögen ungleich höher als die jeweilige Staatsverschuldung. Eine Zwangsanleihe wäre kein Novum in der Geschichte des Geldes. Jüngst entdeckte Griechenland eine Zwangsanleihe des III. Reiches, die ursprünglich als rückzahlbar vereinbart wurde, aber weder vom III. Reich noch von seinem Rechtsnachfolger der Bundesrepublik zurückgezahlt wurde. Sie verschwand stillschweigend in den Annalen der Geschichte. Bislang werden diese Maßnahmen nicht diskutiert, aber auch nicht dementiert. Ein Schuldenschnitt wurde bereits in Griechenland durchgeführt, ein weiterer Schuldenschnitt mit Beteiligung privater Gläubiger wurde auf Zypern realisiert.

Es braucht kein Dementi, das Schweigen ist ohnehin laut. Das ist die Ouvertüre des Herbstes 2013 in „Euroland - Dämmerung im Märchenland“. Noch ist nicht absehbar, ob es eine Götterdämmerung wird oder tiefdunkle Nacht. Ein rein zufälliges Gleichnis zu Wagners Ring der Nibelungen, jenem urdeutschen Drama. Manchmal wiederholt sich Geschichte doch. Einzige stabile Komponente in der Geschichte der Eurokrise ist das stete Beschwören der Politiker an ein gemeinsames Europa. Schon leiser klingen die Reden über ein

vereinigtes Europa. Wer sollte sich da auch mit wem vereinigen, wenn wie in Italien sich schon keine stabilen Regierungen bilden können?

In Österreich wurden die Europaskeptiker drittstärkste Partei mit 30% der Wählerstimmen. In Deutschland erlangte die Alternative für Deutschland einen Achtungserfolg bei der Bundestagswahl und könnte die Rolle der FDP erben, wenn auch erst in frühestens 4 Jahren. Wann aber sind in Deutschland keine Wahlen, es folgen noch eine Reihe von Landtagswahlen. Europakritik und Euroskeptizismus sind Zwillinge. Nicht zu vergessen sind die Verursacher der Krise, die Banken. Auf Zypern, in Spanien und nun in Slowenien sind es nach wie vor die Banken, die gerettet werden müssen. Die zudem so vollmundig angekündigte Bankenunion findet vorerst nicht statt.

Sie wird von England und Schweden blockiert. Und soweit das Element der gemeinsamen Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB Realität wird, findet sie mindestens ohne England statt. Ein anstehender Stresstest der 130 größten Banken der Eurozone dürfte für weitere Ernüchterung sorgen. Aus der Risikobetrachtung sind Staatsanleihen in den Bankbilanzen ausdrücklich ausgenommen. Die Banken müssen für diese Ausleihungen kein Eigenkapital unterlegen. Es sind jedoch die Staatsverschuldungen, die weiterhin zunehmen und die Krise verstetigen. Der Stresstest ist mithin auf einem Auge blind. Die Banken hinterlegen die Staatsanleihen als Sicherheit bei der EZB und erhalten von ihr dafür frisches Geld.

Käme es zum Big Bang, wäre es mithin die EZB als letzte Instanz, die bei Zahlungsausfall eines Eurolandes das Risiko schultern müsste. Deutschland selbst haftet für rund 30% des EZB-Kapitals. Das ist der Stoff, aus dem Geschichte geschrieben wird, der die Historiker künftiger Zeiten Jahrzehnte beschäftigen wird. Es werden Analogien offengelegt werden zu früheren Krisen und wir alle werden einmal mehr mit der Neuauflage der Frage betraut: „Was lehrt



uns die Geschichte?" Was immer auch der Lehrinhalt der Geschichte sein wird, im Gegensatz zur allgemeinen Annahme lernt der Mensch nichts daraus.

Europa ist seit seines Bestehens ein Kontinent nationaler Egoismen, die seit je zu Katastrophen geführt haben. Von dieser Regel ist Euroland nicht ausgenommen. Es ist nur eine Währungs- und Wirtschaftskrise, von der es überall auf der Welt schon zahlreiche gab und wovon die Welt nicht untergegangen ist. Es ist keine Systemkrise. Der Kontrast besteht aus mannigfachen Egoismen und viel beschworener Solidarität. Euroland bewegt sich wie ein Hamster im Rad, es ist wieder am Anfang der Krise angekommen oder auch nur keinen Schritt weiter. Nun rücken große Volkswirtschaften und Staaten in den Fokus der Betrachtung - wie Italien, Spanien und Frankreich. Es wird spannend sein zu erfahren, wie man gedenkt, Italien aus der Schuldenfalle zu befreien oder Frankreich zu Reformen zu bewegen.

Die Aussichten sind trübe, die Chancen stehen schlecht, Lösungen sind Mangelware. Ein politisches Kernproblem ist, dass man das eine nicht hat und was man kriegen wird, weiß man nicht. Es gibt keine Nation Europa, auf der sich ein Staat begründen könnte, den Euro gibt es noch, wie lange noch, das weiß niemand. Würde er gerettet, blieben die Schulden bestehen. Sie wären auch nur nicht tilgbar, falls man einen Schuldenschnitt dementieren wollte. Hört man der Politik dieser Tage genauer zu, so reden alle nur von Schuldentragfähigkeit, nicht von Tilgung. Übrigens Italien, in der Antike das Römische Reich, brauchte 700 Jahre für seinen Untergang, fast die Hälfte seiner Zeit des Bestehens.

Es steht nicht zu erwarten, dass Italien in heutiger Moderne weniger Zeit beanspruchen wird, in nationaler Souveränität seine Verhältnisse zu richten. Hitler benannte sein III. Reich als Heiliges Römisches Reich deutscher Nation. Er brauchte nur 12 Jahre bis zum Untergang. Nichts wurde aus dem 1000-jährigen Reich. Die Gründungsverträge der Europäischen Union werden auch als römische Verträge

bezeichnet. Italien ist wie Griechenland ein Gründungsland der EU, man wird es nicht fallen lassen können, nicht mit und nicht ohne Euro.

# Europa oder Nation

Es erreicht uns die Nachricht, dass Deutschland EU-Bürgern Sozialleistungen verweigert und damit deutsches Recht gegen europäisches Recht verstößt. Das EU-Recht kennt nur EU-Bürger, keine Ausländer in der Unterscheidung Deutscher oder nicht Deutscher, wie es das nationale Recht sieht. Nach europäischem Recht darf kein EU-Bürger in einem EU-Land diskriminiert oder schlechter behandelt werden als die eigenen Staatsbürger. Kurz und gut, es stehen jedem zugewanderten EU-Bürger in Deutschland z.B. die gleichen Leistungen zu wie deutschen Staatsbürgern. Nur Deutschland verweigert sich rechtswidrig.

Wie ist das nun mit Kanzlerin Merkels (CDU) Wort „wir brauchen mehr Europa“? Es besteht eine gültige EU-Rechtsverordnung zur Koordinierung der Systeme zur sozialen Sicherheit. Noch gibt es kein Hartz IV in der EU und auch nicht in der Eurozone. Ob das Konzept in anderen Ländern auf Gegenliebe stoßen würde, wäre eine andere Frage. Nach den deutschen Spardiktaten auch noch deutsches Recht zu übernehmen, dürfte erwartungsgemäß auf Widerstand stoßen. Was aber ist mit dieser vollmundigen Erklärung, dass wir mehr Europa brauchen?

Oder: „Deutschland ist der Gewinner des Euro.“ Wer ist dann der Verlierer und wen wundert es, dass es zu Wanderungsbewegungen innerhalb der Eurozone kommt? Etwa Fachkräfte anzuwerben und die sonstigen Verlierer auszugrenzen, widerspricht dem vereinbarten europäischen Recht. Das mag Deutschland teuer zu stehen kommen, gerade so hübsch eingerichtet in Exportüberschuss, Handelsungleichgewichten und gar als Gewinner des Euro pilgern die Verlierer der Eurokrise ins „Gelobte Land“, dem reichen Deutschland. Nur ändert das nichts an den europäischen Verträgen und damit dem europäischen Recht. Wer mehr Europa will, wird auch das berücksichtigen

müssen. Da ist noch ein weiter Weg von den Nationalstaaten zu einem Staat Europa, ohne einen Hegemon.

Das sind noch viele nationale Interessen jenseits der einen Währung. Gleich den Handelsungleichgewichten gibt es auch unterschiedliche Lebensverhältnisse in den Euroländern mit einem ebenso großen Gefälle. Während aber in Deutschland kein regionaler Unterschied besteht in den Hartz IV Regelungen. Vermutlich, weil die Preise in Deutschland überall gleich sind, im Euroland sind sie das nicht, sowenig wie die Löhne. In 20 von 27 EU-Ländern besteht ein gesetzlicher Mindestlohn, u.a. in Deutschland nicht. Wer das eine liebt, muss das andere mögen, wenn man denn tatsächlich einen Staat Europa will.

Ein solcher Staat besteht immer auch aus einem gleichen Recht für alle EU-Bürger, nicht einmal Euroland allein. Ein solcher Staat besteht aus Legislative, Exekutive und Judikative, falls nicht, hat es einen solchen Staat nicht. Eingerichtet mit den Rettungsmilliarden ist bislang nur, dass u.a. Deutschland Kredite an Griechenland, Portugal, Zypern, Spanien überweist, damit diese ihre Banken retten und die Zinsen für ihre Staatsschulden bezahlen können - u.a. zurück an Deutschland. Durch dieses Vehikel, nichts anderes sind EFSF und ESM, zahlt

Deutschland ein und erhält im Wege der Zinsen das Geld wieder zurück bei einer Rendite im Saldo von 3,2%, während die Staatsverschuldung im Euroraum weiter wächst. Angelegt mit z.Zt. 30 Jahren Laufzeit u.a. für Griechenland. Im Gespräch ist eine Verlängerung der Laufzeiten auf 50 Jahre mit einhergehender Senkung der Zinsen, die Rendite beginnt bereits zu sinken, getilgt wird nichts. Ein wirklicher Schritt in Richtung Vereinigte Staaten Europas ist das nicht und war auch zu keinem Zeitpunkt als solches gedacht trotz der ständigen Wiederholungen, dass es mehr Europa brauche, gar eine europäische Verfassung. Kanzlerin Merkel (CDU) höchst selbst warf anderen Euroländern gar nationalen Egoismus vor. Und nun das, Deutschland verweigert rechtswidrig EU-

Bürgern Sozialleistungen. Aus nichts weniger als nationalem Egoismus.

So wird das nur nichts mit Europa, gleich, ob EU-weit oder nur Euroland betreffend. Gewöhnlich gilt, dass europäisches Recht in nationales Recht übernommen wird. Gleich, ob es um die Krümmung der Banane geht, die Länge von Gurken oder die Feinstaubrichtlinie u.a.m. betrifft. Hierbei zeigte man mehr Fleiß als ausgerechnet bei der Koordinierung der Systeme zur sozialen Sicherung. „Wir wollen Europas Arme nicht, aber die gut ausgebildeten Facharbeiter sicher“, das ist aus rechtlicher Sicht nicht haltbar. Das nennt sich Rosinen picken, das national verständlich sein könnte. In europäischen Verhältnissen ist damit aber kein Staat zu machen.

Ein gleiches Schauerbild im Finanzrecht, nur 11 von 17 Euroländern und 27 EU-Ländern wollen eine Finanzmarkttransaktionssteuer einführen. Eine Bankenunion gibt es so wenig wie ein gemeinsames Fiskalrecht (im Wesentlichen Steuerrecht). In Sachen Europa ist die Politik keinen Schritt weiter, obwohl die Not der Krise ausreichend Anlass genug geben sollte nach den Aussagen der Politiker. Im Gegenteil, mehr und mehr brechen die nationalen Egoismen durch, auch in Deutschland und von Deutschland ausgehend. Eine gemeinsame Währung soll Europa schmieden und zusammenhalten, diesen Irrglauben kann man sich getrost schenken. Es ist umgekehrt, die gemeinsame Währung bedroht Europa selbst.

Auch wieder Kanzlerin Merkel (CDU): „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Lieber heute als morgen wollen die nationalen Notenbanken im Gegensatz zur EZB aus der Politik des billigen Geldes aussteigen, die Deutsche Bundesbank allen voran. Nichts anderes als die Rückkehr in nationale Währungen. Auch wenn die deutsche Politik bemüht ist, den Eindruck zu erwecken, dass die Eurokrise weg ist, während des Wahlkampfes 2013 und im Zuge der folgenden

Regierungsbildung. Aus dem öffentlichen Bewusstsein ist die Eurokrise verschwunden, obwohl diese weiterhin wirkt.

Das Erscheinungsbild ist den Tatsachen nach eindeutig ein anderes. Nichts ist gerettet, nichts ist gelöst, Europa ist fern und wird fern bleiben. Einmal mehr wird erkennbar, dass Kanzlerin Merkel zuverlässig das Gegenteil von allem erhält, was sie nach ihren eigenen Worten eigentlich will. Selbst wenn die EZB aus der Politik des billigen Geldes aussteigen wollte, sie könnte es nur, wenn sie in Kauf nehmen würde, dass die Staatsverschuldung explodieren würde.

Die Rettungsmilliarden verkehrten sich in ihr Gegenteil. Aus der angenommenen Rendite Deutschlands würden Verluste, die im nationalen Haushalt wirksam würden. Bei Laufzeiten von 30 Jahren, Laufzeitverlängerungen und Zinssenkungen, aber Erhöhung des EZB-Leitzinses folgte unweigerlich ein Desaster.

\*\*\*

## **Ende der Leseprobe**

**Wie es weiter geht, erfahren Sie im Buch!**

**Das Buch ist als eBook und gedruckte  
Version auf Amazon.de erhältlich.**

**[Hier klicken!](#)**

**Jetzt bestellen!** 



Jetzt auf [amazon.de](http://amazon.de) bestellen!



Mehr Details: [www.soisses.com](http://www.soisses.com)



Danke fuer Dein Interesse! Wenn Dir die Leseprobe gefallen hat, habe ich als Autor eine kleine Bitte an Dich:

**Jetzt Freunde auf Facebook und Co. auf  
das Buch aufmerksam machen :-)!**

